

- Inhalt:*
- Bildungsreise nach Wien 2005
 - Firmenticket
 - kurz notiert
 - Justizinspektor/-in z. A. adé
 - Witzatelier

Bildungsreise nach Wien – Erlebnis und Herausforderung zugleich

Vom 09.01.2005 bis zum 13.05.2005 wurde durch den Vorstand eine politische Bildungsreise nach Wien organisiert. Viele unserer Kollegen haben sich zu dieser Reise angemeldet, doch konnte letztendlich nur das Los entscheiden, wer zu den 20 glücklichen Teilnehmern gehörte. So trafen wir uns am Montag auf dem Flughafen Berlin Tegel. Noch leicht zögerlich wurde sich begrüßt, denn es gab nur wenige, die sich bereits im Vorfeld kannten, was sich jedoch rasch ändern sollte.

Aufgrund einer zeitweiligen Sperrung des Luftraumes über Wien trafen wir mit etwas Verspätung in Wien ein, wo auch schon unser Reiseführer und Begleiter für diese Woche Erwin Kofler mit einem Reisebus der Polizeigewerkschaft wartete. Angekommen im Hotel, einem Sport- und Seminarzentrum nahe dem Prater, konnten wir uns auch schon nach einem 10 min Fußweg bei einem deftigen Abendessen im berühmten Schweizerhaus mit „Stelzen“ und Budweiser stärken. Dort trafen wir auch einen ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD).

Am nächsten Vormittag stand der Besuch des Justizzentrums Wien Mitte auf der Tagesordnung, einem 25-geschoßigem Funktionsgebäude, in welchem mit insgesamt 550 Gerichtsbediensteten das Handelsgericht, das Bezirksgericht für Handelssachen und das Bezirksgericht Innere Stadt Wien zusammengefasst wurden und welches täglich von bis zu 1700 Bürgern frequentiert wird.



Beim Besuch des Handelsgerichtes, welches sich im 25.Stockwerk befindet, konnten wir auch die Bekanntschaft mit dem Präsidenten des Handelsgerichtes machen und wurden über die dortigen Arbeitssituationen informiert. Wie viel Einsparung ein moderner Hard- und Softwareeinsatz bringen kann, erfuhren wir nicht zuletzt beim Besuch der Grundbuchabteilung.

Über ausgewählte Provider kann jeder Grundbuchauszug in ganz Österreich über das Internet abgefragt werden. Für Deutschland ist dies leider noch Zukunftsmusik. Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden wie z.B. Finanzamt oder Katasteramt befindet sich auf einer Ebene, von der wir hier leider nur träumen können.

2006 soll übrigens in der letzten Ausbaustufe die Voraussetzung für die „papierlose Justiz“ geschaffen werden, wo dann Urkunden und Anträge im Rahmen eines sog. elektronischen Akts über die EDV erstellt und bearbeitet werden. Schon jetzt ist es beispielsweise im elektronischen Rechtsverkehr möglich, Firmenurkunden einzureichen und somit Firmenbucheintragen elektronisch vorzunehmen bzw. freizugeben.

Weiterhin ist aufgefallen, dass in Österreich eine andere Gebührenordnung besteht, die es aber erlaubt zu behaupten, dass die Justiz sich selber trägt. Auch hier nur Zukunftsmusik für uns. Völlig unverständlich haben die Bediensteten dort aufgenommen, dass beispielsweise die ersten 10 Zustellungen gebührenfrei sind; in Österreich nicht vorstellbar.

Auch erfuhren wir, dass die Ausbildung zum Rechtspfleger in Österreich ca. 5 Jahre dauert und die Anwärter die gesamte Laufbahn (auch die des mittleren Dienstes) absolvieren müssen. Allerdings werden die Rechtspfleger nur auf einem Fachgebiet ausgebildet und sind mit den unsrigen „Bereichsrechtspflegern“ vergleichbar. Endlich ein Punkt, in dem wir überlegen waren...

Darüber hinaus besuchten wir in der GÖD- Zentrale Gewerkschaftler aus Wien, sprachen beispielsweise mit dem Vorsitzenden des Fachausschusses beim Oberlandesgericht Graz und den



Mitgliedern der Bundessektion Justiz der GÖD, der Frauenbeauftragten und wurden mit einem Büfett bei der Österreichischen Beamtenversicherung (ÖBV) überrascht.

Weitere Höhepunkte des ausgefüllten Programms waren der Besuch des architektonisch atemberaubenden Burgtheaters mit dem Stück „Nathan der Weise“ am 11. Mai und die Besichtigung des Wiener Parlamentes am 12. Mai.

Der jahrelangen Freundschaft zwischen unserer Vorsitzenden Sabine Wenzel mit den Gewerkschaftlern aus Wien haben wir diese wunderbare und lehrreiche Reise zu verdanken. Herzlichen Dank an dieser Stelle dafür.

Firmenticket der Brandenburgischen Justiz

Seit dem 01.01.2005 ist angeblich der Erwerb von Firmentickets für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung (auch der Justiz) möglich.

Mit Rabatten von bis zu 15 Prozent wird den Mitarbeitern der Umstieg vom eigenen Auto auf den umweltfreundlicheren öffentlichen Personennahverkehr schmackhaft gemacht. Vor dem Hintergrund der finanziellen Einschnitte bei den Bezügen und Gehältern zeigt das Firmenticket, dass die Landesregierung sich um eine Verbesserung

der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des Landes bemühe.

Aufgrund der hohen Nachfrage hat sich Ministerpräsident Matthias Platzeck persönlich für den Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung für die gesamte Landesverwaltung Brandenburgs eingesetzt.

Beim Firmenticket, auch Jobticket genannt, wird zwischen dem vor Ort ansässigen Verkehrsunternehmen und einem Un-

ternehmen, einer Behörde, einer Institution vereinbart, dass die Beschäftigten sowie Auszubildenden des Arbeitgebers eine gegenüber dem normalen Preis ermäßigte, nicht übertragbare Monats- oder Jahreskarte zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs erhalten.

Darüber hinaus erlaubt das Firmenticket die Mitnahme von einem Erwachsenen und bis zu drei Kindern vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 14.

Lebensjahr montags bis freitags ab 20.00 Uhr sowie samstags, sonntags und an gesetzlichen

Feiertagen ganztägig. Die Mitnahmeerlaubnis endet jeweils am Folgetag 03.00 Uhr. Der Tarifbereich des Firmentickets kann von jedem Mitarbeiter/Auszubildenden frei gewählt werden.

Die praktische Umsetzung zur Einführung des Firmentickets im Land Brandenburg in der Justiz ist jedoch zu bemängeln.

Lediglich im Landgerichtsbezirk Frankfurt (Oder) erfolgte vom Landgericht aus ein entsprechendes Rundschreiben an die je-

weiligen Amtsgerichte, welches die einzelnen Bediensteten auch zu Gesicht bekommen. Bei Bedarf konnten die Mitarbeiter das Firmenticket beim Präsidenten des LG Frankfurt (Oder) auf dem Dienstweg beantragen mittels Eintragung in eine Liste, welche weitergeleitet wurde an die ViP Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH. Anschließend wurde ein Vertrag mit der ViP abgeschlossen und den jeweiligen Mitarbeitern eine Trägerkarte mit ihrem Photo und entsprechenden Wert-

markenbögen übersandt, nachdem diese einen dem gewählten Tarifbereich entsprechenden Betrag auf ein Konto überwiesen

hatten.

Außerhalb des Landgerichtsbezirkes Frankfurt (Oder) scheint jedoch diese praktische Umsetzung nicht gut (wenn überhaupt) geklappt zu haben, da den dortigen Mitarbeitern wohl kein entsprechendes Firmenticket angeboten wurde seitens des Dienstherren. Dass es anders gehen kann, wurde durch das LG Frankfurt (Oder) bewiesen!



Kurz Notiert

-Mitglieder werben Mitglieder

Für jedes neu geworbene Mitglied, das mindestens 6 Monate betragszahlendes Mitglied in unserer DJG ist, erhält der Werber nach Ablauf von 6 Monaten eine Gutschrift über einen Monatsbeitrag. Außerdem erwartet den fleißigsten Werben am Jahresende eine kleine Überraschung.

-Probleme mit der Altersteilszeit?

Nochmals möchten wir darauf aufmerksam machen, dass der Vorstand jederzeit gern bereit ist, Fragen hinsichtlich der Altersteilszeit zu beantworten.

- Justizfachwirt in Brandenburg

Ab dem 01. März 2005 ist nun auch im Land Brandenburg Ausbildungs- und Prüfungsordnung mittlerer Justizdienst (APOmJD) geändert worden. Gemäß Abschnitt 1 § 1 Absatz 2 ist derjenige berechtigt die Bezeichnung Justizfachwirt/-in zu führen, der die Laufbahnprüfung des mittleren Justizdienstes bestanden hat.

- DJJ in Frankfurt am Main:

Alle Mitglieder der DJG Brandenburg bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres sind automatisch auch in der Deutschen Justiz Jugend. Die diesjährige Bundesausschusssitzung findet vom 01.09.-03.09.2005 in Frankfurt am Main statt. Es werden noch vom Landesverband Brandenburg Mitglieder

bis 27 Jahre gesucht, die Interesse an einer Teilnahme haben. Bitte meldet Euch per e-mail oder unter 0172/7536546 bei Herrn Sebastian Wille - Landesjugendleiter.

- BAT/BAT-O und BMT-G II:

Am 01. Oktober 2005 ersetzt der TVöD, der neue Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst, den BAT/BAT-O, MTArb/MTArb-O und BMT-G/BMT-G-O – zumindest im Bereich von Bund und Kommunen.

- DJG Geschäftsstelle:

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, dass unsere Geschäftsstelle in 15806 Zossen, Marktplatz 9 an **jedem 2. Samstag im Monat in der Zeit von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr** oder nach vorheriger telefonischer Absprache geöffnet ist. Wir laden Sie hiermit alle herzlich in unsere Geschäftsstelle ein. Machen Sie sich bitte vor Ort ein Bild von unserer ehrenamtlichen gewerkschaftlichen Tätigkeit, die Ihnen allen Zugute kommt.

Justizinspektor/-in „z. A.“ adé

Seit Dezember 2002 sind nun wieder zweieinhalb Jahre Probezeit für die nunmehrigen Justizinspektoren und Justizinspektorinnen um. Das Anhängsel „z. A.“ ist mit der Aushändigung der entsprechenden Ernennungsurkunden endlich weg. Herzlichen Glückwunsch auch seitens der DJG Brandenburg.



☺ Wenn sie mich nochmal laufen lassen", sagt der Taschendieb zur Richterin,
"fange ich ein ehrliches Leben an."
"Wie wollen Sie das machen?"
"Ich würde damit anfangen, daß ich Ihnen Ihr goldenes Armband zurückgebe!"

☺ Auszug aus der Dienstvorschrift: Sollte der Eindringling selbst durch abgeben
eines Warnschusses nicht von seinem Vorhaben abzubringen sein, so ist zunächst
auf die Beine zu schießen!"

Ergänzung des Wachoffiziers:

"Ihr glaubt ja nicht, wieviele Beine so ein Mensch hat, Nasenbein,
Schlüsselbein, Brustbein....."

Für Fragen, Hilfe und Informationen steht die DJG jederzeit zur Verfügung. Auch
Leserbriefe sind willkommen sowie Anregungen für Mitteilungen etc., die
in der nächsten Ausgabe erscheinen sollten.



DJG Vorsitzende: Sabine Wenzel,
Goethestrasse 28,
15834 Rangsdorf.
e-mail : wenzelsabine@t-online.de